



Zum Schlusse wollen wir noch „rühmend“ der Magdeburger Volkstimme gedenken, die mit der Schwäb. Tagwacht näherer Information von gewisser Seite gewürdigt worden ist. Die M. V. „macht“ neuerdings — wach ein Hohn — in „Einigungsverschlagen“. Der Zentralvorstand möge den Weg der Verständigung mit der Opposition beschreiten, und es bezeichne diesbezüglich die M. V. als gangbarsten Weg die „Demission des Vorstandes“. Die gleiche „Friedensbedingung“ stellt die Schwäb. Tagwacht. Man weiß da nicht, soll man lachen oder sich ärgern. Die Verbandsleitung, deren Thätigkeit soeben mit nahezu Dreiviertel-Mehrheit von den Mitgliedern gutgeheißen worden ist, soll auf Grund dieses Vertrauensvotums abtreten und die Schicksale des Vereins — wider den ausgesprochenen Willen der großen Mehrheit — in die Hände einer kleinen Minderheit legen, welche in ihrer Gesamtheit dieses Verlangen gar nicht einmal stellt: siehe die 900 Abonnenten der M. V. Die M. V. stellt lediglich diese wahnsinnige Forderung nur deshalb auf, um — ihre Unerfüllbarkeit einsehend — für später die Hände zur Bekämpfung der Verbandsleitung frei zu haben. Wenn demnach in einer Magdeburger Parteiverammlung der Redakteur der M. V. mit 1300 gegen 500 Stimmen zum Parteitagbelegierten gewählt wird, so hat er gemäß seiner Darlegungen das Mandat niederzulegen, das gleiche ist bei seiner Wahl zum Redakteur der Fall, wenn in der Preßkommission 13 für ihn und 5 dagegen abstimmen. Daß die M. V. lediglich den Kampf innerhalb unsrer Organisation verschärfen und nicht beseitigt wissen will, geht auch aus ihren weiteren Ausführungen deutlich hervor, wo sie in einer Besprechung der neuesten Bekanntmachung des Zentralvorstandes (selt gedruckt) sagt: „Die Opposition wäre thöricht, wollte sie ihre hohen Beiträge einer Verwaltung anvertrauen, die jede ihr unangenehme Opposition, ohne Rücksicht auf langjährige Zugehörigkeit und treue Mitarbeit, ausschließen kann.“ Die Opposition wird hiermit direkt zur Sonderorganisation aufgefordert. Zerissen soll die Organisation, den selbststän. Plänen Einzelner geopfert werden. Das tritt tagtäglich deutlicher hervor — wir haben es schon vor einem Jahre geschrieben — und fortgesetzt wird neues Beweismaterial für diese Thatsache herbeigeschafft. Mögen die Kollegen einsehen, wohin man sie unter Aufforderung zum Kampfe gegen die eigene Organisation drängen will, und zwar zum Schaden Aller. Mögen sie nie vergessen, daß immer noch die Kollegialität und Solidarität in unsrer Organisation das beste Bollwerk wider die Stürme der Zeit war, und daß dieses Bollwerk erst dann zusammenbricht, wenn es eigne Hände in blindem Hass zur Freude und zur Befriedigung der Rachsucht Einzelner niederreißen. Dahin darf, dahin wird es nicht kommen. Der einzige Hort unsers Lebens muß erhalten und verteidigt werden, heute wie immerdar, und gegen alle Gegner, woher sie auch kommen mögen. Noch ist es nicht zu spät, aber höchste Zeit zur Besinnung.

## Die Streiks im Jahr 1896.

Die Arbeiterbewegung spiegelt in ihrem mehr oder weniger aggressivem Vorgehen die wirtschaftlichen Konstellationen getreulich wieder, es bilden darum speziell die Streiks einen Gradmesser für den Auf- oder Niedergang des Gewerbes. Diesem Erfahrungsfrage folgend, hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks der deutschen Arbeiter im Jahr 1896 aufgenommen.

In 40 Gewerben kamen 483 Streiks (151 Abwehr- und 332 Angriffstreiks) vor, an welchen insgesamt 128808 Personen 1923 Wochen beteiligt waren, nur in fünf Verben, bei den Wädern, Büreauangestellten, Wärtern, Gelbardbettern und Zigarrensortierern, fanden keine Ausstände statt: die Streiklosen beliefen sich auf 3042950 Markt. Die 151 Abwehrstreiks mit 13138 Personen waren — soweit Nachweise vorhanden — in 13 Fällen wegen Wahrung der Koalitionsfreiheit, in 52 Fällen wegen Maßregelung, 61 mal wegen Lohnreduktion, 8 mal wegen Arbeitsverlängerung und 8 mal wegen Einführung einer Fabrikordnung notwendig geworden, 52 dieser Streiks gingen erfolgreich, 28 teilweise erfolgreich und

58 erfolglos aus. An den 332 Angriffstreiks nahmen 115660 Personen teil; die Forderungen bestanden in 165 Fällen in Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn-erhöhung, in 46 Fällen nur in Verkürzung der Arbeitszeit, in 107 Fällen nur in Lohnreduktion, in 10 Fällen in Lohnreduktion und anderen Gründen und in 1 Fall in Verkürzung miltlieber Personen. Der Ausgang war in 180 Streiks erfolgreich, bei 94 teilweise erfolgreich und bei 48 erfolglos. Von den Abwehrstreiks waren 34 Proz. erfolgreich, 38 Proz. erfolglos, während bei den Angriffstreiks 63 Proz. siegreich und nur 11 Proz. erfolglos waren; aus diesen Resultaten geht deutlich hervor, daß die angreifende Telle (bei den Abwehrstreiks die Unternehmer, bei den Angriffstreiks die Arbeiter) sich ihrer Erfolge schon vorher ziemlich sicher sind, weshalb in Rücksicht auf die hohe Zahl von Abwehrstreiks wegen Maßregelung und deren zweifelhaften Ausgang die Generalkommission den sehr bezweifelhaften Rat erteilt, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Bemächtigten zu unterstützen und ihnen die Mittel zur Erlangung in einem andern Orte zu geben, als es zu einer Arbeitsseinstellung kommen zu lassen. Es mag dies wenig radikal erscheinen, doch kommt es darauf an, die Kräfte der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe zu schonen, um zu geeigneter Zeit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzwingen zu können. Wenn mit der Maßregelung nicht gleichzeitig die Existenz der Organisation am Ort in Frage steht, so ist es angebracht, durch Unterstützung der Bemächtigten einem Streik, dessen Ausgang in den meisten Fällen für die Arbeiter ungünstig ist, vorzubeugen.

Zu den Gesamtlosten der Streiks in Höhe von 3042950 M. sind aus den Verbandsklassen 724603 M., durch freiwillige Beiträge der Mitglieder 499822 M., durch Sammlungen 140799 M., durch Beiträge anderer Gewerkschaften 157546 M. und aus dem Auslande 84648 M. beigetragen worden; wir sehen, daß mehr als die Hälfte der nachgewiesenen Summen durch freiwillige Leistungen der eignen wie auch anderer Arbeitergruppen sowie anderer Gewerkschaften aufgebracht wurden, nur 7 Gewerkschaften waren in der Lage, die Kosten aus der eignen Kasse zu decken. Diese hohe Finanzanspruchnahme fremder Mittel zur Deckung der notwendigen Ansprüche beweist, daß die Bemächtigung, die Mitglieder leisten nicht genügend an fortlaufenden Beiträgen, mit vollem Rechte gemacht ist. Während eines Streiks zeigt sich die Arbeiterschaft opferwillig bis zum äußersten, aber die Erkenntnis, daß es besser ist, sich vorher für einen Streik finanziell zu rüsten, hat noch nicht genügend Wurzel gefaßt. Ist es nicht widersinnig, daß z. B. die Böttcher 70000 M. freiwillige Beiträge und nur 3000 M. aus der Verbandskasse zu ihren vorjährigen Streiks geliefert haben, anstatt von vornherein einen höhern Gewerkschaftsbeitrag zu erheben? Erst wenn die eignen Mittel ausreißend vorhanden, werden die Organisationen mit größerer Sicherheit in den Kampf eintreten können.

Trotz dieser Mängel läßt sich aber keineswegs die fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung verkennen, vielmehr tritt dieselbe gerade in dem Berichtsjahre sehr marant in die Erscheinung. Von den 647 Angriffstreiks aus den Jahren 1890 bis 1896 entfallen allein auf das letzte Jahr 51 Proz., von denen — wie schon oben ausgeführt — wieder mehr als die Hälfte für die Arbeiter günstig verlief. Die Arbeiter lernen immer mehr den Wert ihrer Arbeitskraft schätzen, was zu der sichern Hoffnung Veranlassung gibt, daß das gewerkschaftliche Leben sich weiter progressiv steigert und so dem Arbeitnehmer das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sichert.

## Korrespondenzen.

**Th. Bremen.** Die am 27. August abgehaltene Bezirksversammlung war nur von etwa 50 Kollegen besucht, welche trotz des strömenden Regens nicht den für manchen Kollegen oft weiten Weg zum Vereinslokal scheuten. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung vermahnte sich der erste Vorsitzende gegen den Vorwurf des lang- und klanglosen Verschwüdens in der letzten Versammlung; er sei verhindert gewesen, bis zum Schlusse dazubleiben, habe dieses auch schon in der fraglichen Vorstandssitzung gekündigt, er werde sich aber in Zukunft beim Berichterstatter entschuldigen. Einer Erwiderung des letztern wurde vom Vorsitzenden nicht stattgegeben. Sodann verlas der Vorsitzende eine Benachrichtigung des Schriftführers vom Kartell (Voraz), wonach derselbe die Richtigkeit der Wieder-gabe seiner Ausführungen im letzten Berichte bezweifelt. Kollege Thöle hielt den betreffenden Teil seines Berichtes, als den Thatsachen entsprechend, vollkommen aufrecht (was durch Zurufe aus der Versammlung bestätigt wurde), indem er noch des nähern auf die betreffenden Ausführungen einging und erwähnte, daß alle bei ihm in der Nähe stehenden Kollegen den Kopf geschüttelt hätten. Beim Quartalsrechnungsbereichte, welcher Genehmigung fand, bemängelte Kollege Rosenlechner, daß noch eine Anzahl Kollegen statt 25 nur 15 Pf. Bezirkssteuer bezahlten und fand die damalige Bekanntgabe der Erhöhung der Bezirkssteuer eigenmächtig. Der Vorsitzende gab bekannt, daß noch 13 Ignoranten des Corr.-Obligatoriums vorhanden seien. Sodann gab der Revisor ein Bild über die Revisorie. Beim nächsten Punkte: Die Verhältnisse im Generalanzeiger, gaben der erste und zweite Vorsitzende bekannt, daß ihnen von dem

erit kürzlich neu angetretenen Geschäftsführer beruhigende Erklärungen gegeben, was jedoch den Kollegen Rosenlechner nicht abhielt, dem Vorstand und den dort stehenden Kollegen zur Pflicht zu machen, trotzdem die Augen offen zu halten. Durch das Darlehen von 50 M. an die streikenden Delmenhorster Textilarbeiter wurde auf Antrag des Kollegen Rosenlechner ein Strich gemacht. Ein Kollege beantragte jedoch, ihm den Beitragszuschuß wegen Konditionslosigkeit zuzubilligen. Dieses Geuch wurde jedoch abgelehnt. Kollege Bösch berichtete hierauf über einige Kartellfragen, woraus als wichtig zu vermerken ist, daß das Kartell auf Antrag der Tabakarbeiter beschloffen habe, zur Deckung der Schulden eine Extrasteuer auszuheben, wonach auf den Kopf der Gewerkschaften etwa 1 M. entfiel, welche Summe bis 1. Januar 1898 fällig sei. Auch die Errichtung eines Arbeitersekretariats werde sekundäre Anforderungen an die Gewerkschaftsmittelglieder stellen. Kollege Rosenlechner berichtete über die betreffende Kartell-sitzung, wo die Vertreter nach kurzer Zeit die Sitzung verlassen haben, und bemerkte, daß nur die Desavouierung der Vertreter durch das Kartell infolge der Erklärungen des Kollegen Rhein sie zu diesem Schritte gezwungen hätten; der Uebergang zur Tagesordnung sei nicht die Veranlassung gewesen. Kollege Rhein legte seinen Standpunkt in dieser Beziehung dar. Er habe sich zu dieser Erklärung berechtigt gehalten, denn er habe das Bestreben, das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und den Vorkämpfern zu einem friedlichen zu gestalten. Die vom Kartell beschlossene Resolution sei weder beleidigend noch enthalte dieselbe Widersprüche. Nachdem die Kollegen Waigandt und Wolze noch das Verhalten der Vertreter bemängelt, wurde Schluß beliebt und ein Antrag des Kollegen Kühnast mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen, welcher dahin geht, daß die Vertreter nach wie vor die Kartellsitzungen zu besuchen haben; sollten die jetzigen Vertreter dazu nicht gewillt sein, seien heute Ersatzwahlen vorzunehmen. Sämtliche Vertreter legten hierauf ihre Ämter nieder, nachdem Kollege Rosenlechner erklärt hatte, zu einem solchen Puppenspiele sei er nicht zu haben, wenn eine Verammlung der vortigen entgegengesetzte Beschlüsse fasse. Gewählt wurden die Kollegen Kühnast und Helms II mit 28 Stimmen als Vertreter, Kany mit 27 und Wolze mit 26 Stimmen als Stellvertreter. Die bisherigen Vertreter erhielten, ohne vorgeschlagen zu sein, 18 Stimmen. Durch Schluß der Debatte wurde den Vertretern die Möglichkeit genommen, auf die Angriffe des Kollegen Rhein und der beiden anderen Redner zu erwidern. Ueber die angenommene Resolution konnte gar nicht einmal diskutiert werden, da dieselbe erst nach der Rede des Kollegen Rosenlechner verlesen wurde.

**H. Gelsenkirchen.** Auch unsre Mitgliedschaft nahm in zahlreich besuchter Versammlung Stellung zu dem Gausvorstandszirkulare, betr. „Kongress der Tarifgemeinschaftsgemeiner“. Nach kurzer Debatte wurde mit knapper Mehrheit eine Resolution angenommen, welche sich gegen das Annehmen des Gausvorstandes erklärte. Des weitern gelangte ein Antrag zur Annahme: Verminderung des Corr.-Obligatoriums. Es geschah dies aus finanziellen Gründen, um durch die erzielte Ersparnis die Bibliothek reichhaltiger zu gestalten. Es kamen sodann die Verhältnisse der Druckerei Münstermann zur Sprache. Es macht sich in diesem Geschäft schon seit längerer Zeit das Bestreben geltend, sich der Verbandsmitglieder ohne fruchtbringende Gründe möglichst zu entledigen. Eine einstimmig angenommene Resolution macht es den dortigen Mitgliedern zur Pflicht, falls nochmals die Kündigung eines Mitgliedes erfolgt, sich solidarisch zu erklären. Das in genanntem Geschäft erscheinende, unter der Parole für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ stehende Organ der Zentrumsparthei kann nicht genug an die Bergarbeiter den Mahnruf richten, sich zu organisieren, um so ihre materielle Lage zu verbessern, aber das Koalitionsrecht ihres eignen Personals zu respektieren — ja, „Bauer, das ist etwas andres!“ Leider sind die in letzter Zeit in genannter Offizin engagierten Herren „M. V.“, aus dem dunkeln Münsterland importiert, unseren idealen Bestrebungen völlig unzugänglich. Mündliche Agitation, Zirkulare u. dgl. scheitern an dem Egoismus dieser Koch-Kollegen. Inwiefern die jüngst erfolgte Prämierung ihrer Nichtverbandsmitgliedschaft damit zusammenhängt, entzieht sich unsrer Kenntnis. Auch die sonstigen am Orte konditionierenden Nichtmitglieder tragen einen Indifferentismus zur Schau, der eines Bessern würdig wäre. — In unsere Mitglieder sei noch der Wunsch gerichtet, durch zahlreichen Besuch der Versammlungen unsre gerechte Sache zu fördern und zu stützen.

**Kattowitz.** In der Druckerei des hiesigen Oberl. Tagelohes (J. Peritz), woselbst bloß Verbandsmitglieder zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten, wurden dem Personale je zwei Tage Urlaub unter Fortbezahlung des Gehaltes bewilligt.

**B. Magdeburg.** In der am 6. September abgehaltenen Drucker- und Maschinenmeisterversammlung erstattete Kollege Nothe Bericht vom Maschinenmeisterkongress in Halle. Nach eingehender Motivierung der dort gefaßten Beschlüsse und nachdem in der Diskussion die Kollegen ihre eignen Erfahrungen in den vom Kongresse behandelten Fragen zum Vortrage gebracht, wurde nachfolgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: Die am 6. September im Steternen Tisch tagende Drucker- und Maschinenmeisterversammlung macht die auf dem Kongresse der deutschen Ma-

Schienenmeister zu Halle a. S. gefaßten Beschlüsse zu den  
ihnen und verspricht, mit allen ihnen zu Gebote stehen-  
den Mitteln für dieselben einzutreten. Sie erwartet von  
den Tarifvertretern, daß sie dieselben bei der nächsten  
Tarifrevision rechtsverbindliche Kraft verschaffen."

**H. Nürnberg.** Die am 28. August abgehaltene  
gut besuchte Versammlung ehrte das Andenken der ver-  
storbenen Kollegen A. und S. Schmidt durch Erheben  
von den Sigen. — Das Aufnahmegeheim eines Kollegen  
wurde abgelehnt, da derselbe nicht für würdig befunden  
wurde, in unsere Reihen aufgenommen zu werden. Aus-  
geschlossen wurde der Seper Raum wegen Arbeitens  
unter Minimum, der Seper Schwenzel und Maschinen-  
meister Stöckel wegen Ketten. — Unter Verbands-  
angelegenheiten brachte der Vorsitzende Link ein Schreiben  
des Bauvorstandes zur Kenntnis, in welchem derselbe  
Verwahrung einlegt gegen die ihm in einem Veramm-  
lungsberichte vorgeworfene Einseitigkeit. Der Bauvorstand  
hat die in demselben angeführten Umzugskostenfänge  
nach seinen Ausführungen ganz korrekt behandelt. Das  
Schreiben ließ sich die Versammlung zur Kenntnis dienen  
und nur der Vorsitzende bemerkte zu demselben, daß die  
hiesige Verwaltung dem Bauvorstande keinen Vorwurf  
machen und wenn ein solcher von einem Mitglied" aus-  
gesprochen werde, so sei dies doch kein Angriff der Mit-  
gliedschaft. Jeder Versammlungsbesucher besitze das Recht,  
seine Meinung zu äußern. — Hierauf protestierte der  
Vorsitzende gegen den der B.-W. zugesandten Bericht von  
der letzten Versammlung. Derselbe widerspricht den Tatsa-  
chen und lehne er sich nun veranlaßt, diesem verband-  
schädlichen Treiben entgegenzutreten. Kollege Grötsch  
gab seiner Freude Ausdruck über das Vorgehen des Vor-  
sitzenden und bemerkte, daß, trotzdem die Mitteilung in  
dem Extrablatt der B.-W., die Anträge auf Ausschluß  
seien hier entrüftet verworfen worden, eine erfundene  
ist, der Vertrauensmann des Herrn Gajch es doch für  
gut hielt, diese Blätter hier zu verbreiten. Nach Ansicht  
des Redners kann und diese unwahre Mitteilung nur  
nügen, da jetzt auch die hiesigen Kollegen erleben können,  
auf welchen Grundlagen die Siegesnachrichten der B.-W.  
ruhen. Der Mitarbeiter der B.-W., Kollege Weichmidt,  
verwahrte sich dagegen, Vertrauensmann des Herrn Gajch  
zu sein. Sein Bericht sei objektiv abgefaßt gewesen und für  
die Mitteilung im Extrablatt der B.-W. sei er nicht  
verantwortlich. Der Vorsitzende forderte hierauf letzt-  
genannten Kollegen auf, der B.-W. keine Berichte mehr  
zu liefern. — Nachdem man noch längere Zeit über die  
vorgenommene Urabstimmung und sonstige örtliche Zu-  
stände gesprochen, wurde die ruhig und sachlich ver-  
laufene Versammlung geschlossen.

**n. Schleswig.** Am Sonnabend, den 28. August,  
wurde hierseits, nachdem zuvor der hier bisher bestan-  
dene Verein Gutenberg, dem Verbändler und Nichtverbändler  
angehörten, aufgelöst war, ein Ortsverein gegründet,  
demselben gehören 3. B. 21 Mitglieder an. In den Vor-  
stand wurden folgende Kollegen gewählt: Wilh. Tell,  
Vorsitzender, Heimir. Maas (bisheriger Vertrauensmann),  
Kassierer, Fr. Jacobsen, Schriftführer, G. Suhr, Biblio-  
thekar, Johs. Thoms, Beisitzer, und als Revisoren die  
Kollegen H. Stroh und G. Müller. Der Vorstand  
wurde beauftragt, ein Statut auszuarbeiten und der  
nächsten Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.  
Alsdann wurde zur Sprache gebracht, daß das Tarif-  
Amt eine Eingabe an den hiesigen Magistrat gerichtet  
habe betr. Vergütung der amtlichen Druckarbeiten nur  
an tarifstreue Druckereien. Hierbei entstand eine längere  
heftige Auseinandersetzung zwischen „Döblianern" und  
„Gajchianern", welche damit endigte, daß mehrere ein-  
gebrachte Resolutionen, die hauptsächlich das Vorgehen  
des Zentralvorstandes verurteilten, abgelehnt wurden.  
In vorgedachter Stunde wurde die Versammlung mit  
dem Wunsch auf ein kräftiges Blühen und Gedeihen des  
Vereins, ausklingend in ein dreifaches Hoch auf den  
Verband, geschlossen.

**Essingen.** In der am 28. August abgehaltenen  
Monatsversammlung erfolgten zunächst zwei Aufnahmen.  
Unter Vereinstellungen kam sodann das letzte Zirkulare  
des Bauvorstandes zur Sprache. Nach einer kurzen  
Debatte über dasselbe, bei welcher einerseits das Vor-  
gehen des Vorstandes gegen die nicht sachliche Oppo-  
nenten für notwendig erklärt wurde, andererseits aber  
wieder verurteilt wurde, war eine Resolution eingebracht  
worden, welche in dem Zirkulare die „Vorbotenschaft neuer  
Gewaltmaßregeln" witterte. Diese Resolution wurde ab-  
gelehnt. Des weitern wurde beschlossen, vom 1. Oktober  
dieses Jahres ab das Corr.-Obligatorium einzuführen  
und zwar für je zwei Mitglieder ein Exemplar. — Ein  
eingebrachter Antrag, an durchreisende Kollegen Statium  
aus der Ortsliste zu gewähren, wurde ebenfalls an-  
genommen und gleichzeitig beschlossen, hierfür den Bei-  
trag auf 1,40 Mk. zu erhöhen.

**Commerfeld.** Beobachtungen auf einer Ferien-  
reise.) Wie es immer noch in Provinzdruckorten aus-  
sieht, zeigt wieder einmal so recht der hiesige Ort. Hier  
existieren 2 Druckereien. In einer derselben (vormals  
Wersting) lernen alljährlich drei Lehrlinge aus, die  
dann wöchentlich 9 bis 10 Mk. verdienen. Ein Gehilfe  
(verheiratet), der sich dort in „dauernder Kondition" be-  
findet, verdient 18 Mk. Die drei Auslernenden müssen  
allerdings auf die Landstraße, denn es warten ja schon  
andere Lehrlinge an der Thür. An eine Organisation  
denkt natürlich keiner. In der andern Offizin (Westiger  
Finke, früher Schullehrer) ist manchmal ein Gehilfe.  
Ich zählte aber meistens elf Lehrlinge, vier wurden erst

schließlich angenommen. Von den Ausgelernten hatte  
einer mal auswärts gearbeitet, dann kam er wieder  
zurück und meinte, er werde den Sommer über in der  
Biegelei arbeiten, zum Winter hat Herr Finke wieder  
„Kunst". Jetzt geht ihn aber dieselbe vielleicht ver-  
loren, denn Herr Finke hat sich jetzt drei Schrifftafeln  
in seine Wohnung bringen lassen und lernt seinen drei  
Töchtern, sämtlich noch schulpflichtig, lesen. Da aber  
doch noch ein Correspondent in der B. Werstingischen  
Buchdruckerei gelesen wird, so tragen diese Zeiten viel-  
leicht dazu bei, den betreffenden die Augen zu öffnen und  
sie aus ihrem Schlafe zu erwecken. Ueberhaupt sollten  
hier an Eltern und Vormünder Mahnungen ergehen,  
die Kinder nicht so leichtfertig ihrem Verderben preis zu  
geben.

### Rundschau.

Der Vorstand des Gau's Erzgebirge-Vogelband hat  
jüngst an die Gaumitglieder ein hauptsächlich die Agita-  
tion und die Einführung des Tarifs betreffendes Rund-  
schreiben hinausgegeben, aus dem wir folgende Stelle  
hervorheben: „Nach den bis jetzt eingezogenen Erkun-  
dungen aus dem Gau kann der unterzeichnete Vorstand  
mit Befriedigung konstatieren, daß eine Opposition im  
Sinne Gajch's nicht mehr vorhanden ist. Ueberall  
stellt man sich auf den Boden der Generalversammlung und  
rechnet mit den jetzt gegebenen Verhältnissen. Alle Vor-  
stände und Vertrauensleute werden dies um so mehr be-  
grüßen, als nun unsern innern Vereinstellen größere  
Aufmerksamkeit entgegengebracht werden wird und alle  
Verbandsmitglieder sich eins fühlen in dem Bestreben,  
einzig und allein zum Wohle des Verbandes, unsers  
Schutzes in Not und Gefahr, wirken zu wollen."

Der diesmalige Feldzug der Parteipresse  
gegen die Buchdrucker darf als kläglich mißglückt  
bezeichnet werden. Unsere Kollegen haben es an den  
verschiedensten Orten nicht daran fehlen lassen, entschieden  
gegen die Haltung der einzelnen Partei-Localblätter vor-  
zugehen. Aber gerade diejenigen Parteiblätter, welche  
für die „Brechtlichkeit im Corr." gemäß des Volks-  
zettungs-Artikels in herber Weise sich abmühten eine  
gegen den Corr. gerichtete feindselige Stimmung in ihren  
resp. Leserkreisen hervorzurufen, hatten nicht den Mut,  
die Konsequenz ihres verheerenden Treibens zu ziehen,  
indem sie jeder Erwiderung die Aufnahme verweigerten.  
So schreibt uns Kollege Otto Saft aus Paffel: „Das  
Volksblatt für Heßen und Waldeck hatte auch nicht ver-  
säumt, den von Leipzig gesandten Artikel abzu-  
drucken. Ein sachlich gehaltener, von mir der betr. Redaktion ein-  
gegebener Artikel, welcher die Arbeiterschaft Paffels min-  
destens einigermaßen über die Lage im Verband auf-  
geklärt hätte, wurde nicht aufgenommen. Meine noch-  
malige Bitte um Aufnahme blieb unbeantwortet und  
forderte ich mein Manuskript zurück mit dem Bedauern,  
daß nach dem Angriffe des Volksblattes auf den Ver-  
band meine Erwiderung nicht aufgenommen wurde. Ich  
erhielt das Manuskript mit dem Bescheide: „Von einem  
Angriff auf den Verband ist mir nichts bekannt!" John."

Wenn zwei dasselbe thun ... Von Seiten der  
Opposition wird fortgesetzt die von einer gewissen Person  
aufgestellte Behauptung nachgedruckt, daß es keinen Sinn  
hätte, einen Tarif mit den Unternehmern zu vereinbaren,  
wenn doch für die Einführung dieses Tarifs die Organi-  
sation Opfer zu bringen habe. In einer jüngsten Ver-  
sammlung der Buchdrucker in Leipzig — welche bekannt-  
lich eine auf drei Jahre festgesetzte Kartellgemeinschaft mit  
den Unternehmern eingegangen sind — befand sich folgen-  
der Punkt auf der Tagesordnung: „Die Anerkennung  
des Tarifs seitens der Prinzipale und unsre Stellung  
gegen diejenigen Firmen, welche nicht bewilligt  
haben." Es wird also hier ganz offen zugestanden, daß  
trotz des vereinbarten Tarifs event. dessen Einführung  
bei einem Teile der Unternehmer erkauft werden muß.  
So selbstverständlich dies auch ist, bei den Buchdruckern  
werden aus den wirtschaftlichen Verhältnissen resultierende  
Tatsachen als „Material" gegen die Kartellgemeinschaft  
verwandelt. — Welt deutlicher noch — ein wahres Bild,  
daß wir das nicht gesagt haben: — äußerte sich jüngst  
der Abgeordnete Auer über die Einhaltung tariflicher  
Abmachungen in einer Berliner Maurerverammlung,  
indem er sagte: „Wenn die Unternehmer immer und  
immer wieder versuchen, von den längst eingeführten  
Tarifen und Arbeitsbedingungen zu Ungunsten der Arbeiter  
etwas abzuwanden, so legt dies nicht immer nur an  
bösen Willen, sondern ist oft durch den Druck der Kon-  
kurrenz verurteilt." Nur eine starke Organisation —  
meint Auer — könne diesem Bestreben einen Riegel vor-  
schleusen. Wir haben wiederholt unsere Kollegen darauf  
hingewiesen, mit Hilfe unserer Organisation vor allem  
für die mögliche Verallgemeinerung des Tarifs und für  
die strenge Einhaltung desselben zu wirken. — Aber  
freilich: Für diesen Tarif keinen Mann und keinen Groschen!  
Kollegen, Vorsicht, die Todfeinde der Organisation lenken  
den Sinn eurer Führung! — Es sucht man bei uns  
die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Kollegen zu ver-  
bessern!

Der Gutenbergbund tagte Ende August in Weihen-  
fels. Der Mitgliederstand desselben wurde auf 1800  
angegeben, das Vermögen auf 37331 Mk. An das  
Tarif-Amt hat der Bund bisher 540 Mk. bezahlt, in  
Zukunft soll aber die Zahlung aus der Kasse unterbleiben,  
es vielmehr jedem Mitglied überlassen werden, seine  
Beiträge an das Tarif-Amt direkt abzuführen. Beschlossen

wurde die Einführung der Invaliden-Unterstützung mit  
20 Pf. Wochenbeitrag und 5 bis 8 Mk. wöchentlichem  
Invalidegeld je nach der Dauer der Beitragsleistung,  
auch soll ein Sterbegeld von 30 Mk. gewährt werden.  
Die Beiträge zu den übrigen Klassen wurden um 10 Pf.  
herabgesetzt, sie betragen jetzt 45 Pf. Weiter sollen Um-  
zugskosten gewährt werden und zwar 10 bis 30 Mk. je  
nach der Entfernung. Dann wurde die Anstellung eines  
besoldeten Beamten mit einem Anfangsgehalt von 1800  
Mark, Maximum 2700 Mk., beschlossen. Als Vorsitzender  
des Hauptvorstandes wurde Albrechts in Berlin, als  
Redakteur des Typographen, der vergrößert werden soll,  
Dahl-Berlin wiedergewählt. Für die Kranken- und  
Arbeitslosen-Unterstützung sollen von dem vorhandenen  
Vermögen je 15000 Mk. festgelegt, der verbleibende  
Ueberschuß zur Ausgliederung benutzt werden. Mit dem  
Hamburger Verein Gutenberg wurde ein Vertrag ab-  
geschlossen, nach welchem dieser der Reise- und Arbeitslosen-  
kasse des Bundes beiträgt und die beiderseitigen Invaliden-  
kassen in Gegenseitigkeit treten. Die nächste General-  
versammlung findet 1899 in Hamburg statt. Wie aus  
dem vorliegenden ersichtlich, entwickelt sich der Bund  
immer mehr zu einem bloßen Kassenverein und ist als  
solcher lediglich als ein Konkurrent der Prinzipalvereins-  
Unterstützungskasse zu betrachten, hat also für die Mehr-  
zahl der Kollegen, die im Verbands vereint sind, zur  
Zeit kein weiteres Interesse, weshalb sich auch eine Kritik  
der gefaßten Beschlüsse erübrigt.

Auf das Preisaus Schreiben zum Bau eines Buch-  
gemerbehäuses in Leipzig sind fünfzehn Entwürfe  
eingegangen. Als Preisrichter fungierten die Herren  
Dr. v. Haje, Arndt Meyer, Georg Gieseke, Heimir. Maas  
und Stadtbaurat Prof. Licht aus Leipzig, der Igl. Baurat  
H. Schmied aus Berlin und der Prof. Friedr. Thiersch  
aus München. Den ersten Preis (4000 Mk.) erhielt  
der Architekt Emil Hagberg in Friedenau bei Berlin,  
den zweiten (3500 Mk.) die Herren Schuppemeyer und  
Helbig in Hannover. Eine dritte Arbeit des Herrn Hans  
Enger in Leipzig soll für 1000 Mk. angekauft werden.

Das Innungs-Schiedsgericht der Berliner  
Buchdrucker beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit  
einer Klage der Seper J. K. und E. W. wider den Buch-  
druckerbesitzer O. E. Kläger, welche ohne Kündigung  
standen, mußten Donnerstags früh 10 Uhr ausreisen,  
erhielten Sonnabends ihre Papiere, jedoch mit dem be-  
stimmten Vorbehalt, nach vierzehn Tagen wieder an-  
fangen zu können; an diesem Tage wurden aber andere  
Seper eingestellt. Sie verlangen Lohn für vierzehn Tage  
und sechs Stunden, weil sie sich infolge des Versprechens  
der Wiedereinstellung nach feiner andern Arbeit umgesehen  
hätten. Das Schiedsgericht verurteilte Beklagten zur  
Zahlung von 8,30 Mk. für einen Tag und sechs Stunden,  
da Kläger nur abends entlassen werden konnten und  
infolge des Versprechens der Wiedereinnahme ein Anrecht  
auf mindestens eintägige Beschäftigung hatten.

Dem Inhaber der Maschinenfabrik Johannsberg,  
Klein, Forst & Sohn Nachf., Herrn Josef Krüger in  
Geisenheim a. Rh., wurde der Titel Kommerzienrat verlie-  
hen. Der Buchdruckerbesitzer Aug. Lauterborn in  
Ludwigshafen erhielt das bairische Verdienstkreuz vom  
Orden des heil. Michael; wohl in seiner Eigenschaft als  
stellvertretender Bürgermeister.

Der Drucker und Verleger eines in Gotha erschie-  
nenen Flugblattes, das angeblich zum Boykott aufforderte,  
hat nach Urteil des Schöffengerichtes groben Unfug  
verübt und dies mit 30 Mk. Geldstrafe zu büßen. Der  
„grobe Unfug-Paragraf" macht entschiedenen Fortschritt.  
Wer wollte auch in Abrede stellen, daß alles was jemand  
thut oder nicht thut, von einem gewissen Gesichtspunkt  
aus grober Unfug sein kann.

In Karlsruhe findet vom 4. bis 8. Oktober ein  
sozialwissenschaftlicher Kursus statt. Zutritt hat  
jedermann gegen eine Gebühr von 3 Mk. Die Vorträge  
halten Prof. Weber-Heidelberg über die Agrarpolitik  
(6 Stunden), Prof. v. Schulze-Gaevernis über Handels-  
politik (5 Stunden), Prof. Hertner-Karlsruhe über Kom-  
munalpolitik (5 Stunden) und Unternehmer- und  
Arbeiterverbände (4 Stunden), Dr. Froelich-Tübingen über  
die Handwerkerfrage (4 Stunden), Dr. Voß-Stuttgart  
über das Bevölkerungsproblem (3 Stunden).

Der ehemalige Kassierer der Zahlstelle Rixdorf des  
Holzarbeiterverbandes, Tischler W. brannte im Februar d. J.  
mit dem Kassenbestand (120 Mk.) durch. Er wurde unter  
Annahme mildernden Umstände (seine Notlage) zu 100 Mk.  
Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

In Bayern bestanden Ende Juni 1897 323 Aktien-  
gesellschaften mit 6751/2 Millionen Aktien- und gegen  
2 Millionen Obligations- bzw. Pfandbriefkapital. Inner-  
halb der letzten 25 Jahre haben sich die Aktiengesellschaften  
fast vervierfacht und ihr Kapital stetig von 190 auf 700  
Millionen.

In den 58 Städten der Vereinigten Staaten  
Nordamerika mit über 50000 Einwohnern (nach der  
Aufnahme von 1890) führen einen eignen Hausstand  
2229456 Personen; davon wohnen zur Miete 1674771  
= 77 Proz. und von diesen letzteren stammen von ein-  
gewanderten Eltern 275327 ab, während 324343 in  
Deutschland, 247868 in Irland und 330480 in anderen  
Ländern geboren sind. Die in diesen Ziffern enthaltenen  
Mieten, welche nicht zu dem eigentlichen Arbeiterstande  
gehören, dürften vollständig gedeckt werden durch die Ar-  
beiter ohne eignen Haushalt, so daß die Mehrzahl der  
bortigen Arbeiter aus Eingewanderten resp. aus solchen  
besteht, die von Eingewanderten abstammen. Dies ist

